

EU-Agrarförderung zielgenauer gestalten - Spiering verteidigt GAP-Vorschläge der SPD

Die SPD verteidigt ihr Konzept für eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik. „Wir wollen den Landwirten kein Geld wegnehmen“, sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Spiering. Bei dem von seiner Fraktion vorgeschlagenen schrittweisen Ausstieg aus den Direktzahlungen gehe es vielmehr darum, die Mittel künftig zielgenauer einzusetzen. Spiering bezweifelt, dass die Forderung nach einem stabilen EU-Agrarbudget erreichbar ist. Seiner Einschätzung nach ist die vorgeschlagene Kürzung von 5 % nicht „das Ende der Fahnenstange“. Keinen Hehl macht der Abgeordnete aus den koalitionsinternen Meinungsverschiedenheiten in der Agrarpolitik
Länderberichte 1

DRV schraubt Ernteprognose herunter - Kleinste Getreidemenge seit 1994 erwartet

Der Deutsche Raiffeisenverband hat seine Prognose für die diesjährige Getreideernte spürbar zurückgenommen. Er rechnet jetzt mit einem Aufkommen einschließlich Körnermais von nur 36,29 Mio t. Sollten die Experten Recht behalten, wäre das die kleinste Ernte seit 1994. In Niedersachsen erwartet die Landwirtschaftskammer sogar das geringste Getreideaufkommen seit 1976. Auf Initiative von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner werden sich an diesem Montag erneut Vertreter von Bund und Ländern auf Arbeitsebene in Berlin zu einem „Dürregipfel“ treffen, um das Ausmaß der Witterungsschäden zu aktualisieren und entsprechende Hilfsmöglichkeiten zu prüfen.
Markt+Meinung 9 und Länderberichte 17

Deß sieht Gemeinsamkeit der EU-Agrarpolitik schwinden - Zweifel am Bürokratieabbau

Mit einigen Sorgenfalten blickt der agrarpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europaparlament, Albert Deß, auf die von EU-Agrarkommissar Phil Hogan vorgelegten Reformvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). „Meine größten Bedenken habe ich dahingehend, dass wir uns zu sehr von der Gemeinsamkeit der Agrarpolitik entfernen“, betont Deß im Interview. Sollte die Zuständigkeit bei den Umweltmaßnahmen verstärkt auf die Mitgliedstaaten verlagert werden, gebe es nicht mehr viel Gemeinsames. Außerdem befürchtet Deß, dass mit der Agrarreform kein Bürokratieabbau verbunden sein wird; der Verwaltungsaufwand werde von Brüssel auf die EU-Staaten übertragen.
EU-Nachrichten 1

Karlsruhe kippt Teile der Hofabgabeklausel

Das Bundesverfassungsgericht hat die Hofabgabeklausel in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Laut der Urteilsbegründung gilt dies dann, wenn die Hofabgabepflicht dem Landwirt in unzumutbarer Weise Einkünfte entzieht, die zur Ergänzung der nur als Teilsicherung ausgestalteten Rente notwendig sind. Nach Ansicht der Karlsruher Richter greift zudem die Kopplung einer Altersgrenze an eine Hofabgabeklausel faktisch in die im Grundgesetz festgeschriebene Eigentumsfreiheit ein. Wie das Bundesverfassungsgericht weiter feststellt, darf auch die Gewährung einer Rente an einen Ehepartner nicht von der Entscheidung des Landwirts über die Abgabe des Hofes abhängig gemacht werden. Zweifel äußert das Bundesverfassungsgericht auch deshalb an der Hofabgabeklausel, weil diese inzwischen nur noch einen Teil der Landwirte erfasse und diesen damit „unangemessene Lasten“ zumute. Die Pflicht zur Hofabgabe sei zwar nicht „von vornherein untauglich“, um die agrarpolitischen Ziele zu erzielen, erläutern die Richter. Eine solche Regelung dürfe die Betroffenen jedoch nicht unzumutbar belasten. Karlsruhe fordert daher für solche Konstellationen Härtefallregelungen. In Politik und Berufsstand stieß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf ein geteiltes Echo. Während Unionspolitiker an der Hofabgabeklausel festhalten, sehen sich Vertreter von SPD und Linken im Bundestag in ihrer Forderung nach einer Abschaffung der Regelung bestätigt. Von Vertretern der Landesbauernverbände wurde das Urteil teilweise mit Bedauern aufgenommen, während andere Branchenverbände für einen Ausstieg aus der Hofabgabepflicht sind.
Länderberichte 25